

# Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. März 1991

am Donnerstag, dem 21. März 1991

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adler, Brigitte (SPD)	12, 13	Lühr, Uwe (FDP)	122, 123
Antretter, Robert (SPD)	52, 53	Maaß, Dieter (Herne) (SPD)	68, 69
Bachmaier, Hermann (SPD)	6, 7	Marienfeld, Claire (CDU/CSU)	4, 38
Börnsen, Arne (Ritterhude) (SPD)	55, 56	Mehl, Ulrike (SPD)	61, 62
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	92, 93	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	109, 110
Bulmahn, Edelgard (SPD)	8, 78	Dr. Modrow, Hans (PDS/Linke Liste)	21, 22
Caspers-Merk, Marion (SPD)	59, 60	Mosdorf, Siegmар (SPD)	79, 80
Conradi, Peter (SPD)	64, 65	Dr. Müller, Günther (CDU/CSU)	85, 86
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS/Linke Liste)	111	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	20, 48
Erlер, Gernot (SPD)	18, 19	Müller, Alfons (Wesseling) (CDU/CSU)	31, 32
Ferner, Elke (SPD)	41, 42	Münтеfering, Franz (SPD)	72, 73
Dr. Fischer, Ursula (PDS/Linke Liste)	95, 96	Opel, Manfred (SPD)	39, 98
Fuhrmann, Arne (SPD)	63, 113	Poppe, Gerd (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	87, 88
Ganseforth, Monika (SPD)	57, 58	Poß, Joachim (SPD)	120, 121
Dr. Götte, Rose (SPD)	45, 124	Reimann, Manfred (SPD)	81, 82
Graf, Günter (SPD)	76, 77	Rempe, Walter (SPD)	70, 71
Großmann, Achim (SPD)	66, 67	Reschke, Otto (SPD)	74, 75
Grüner, Martin (FDP)	118, 119	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	33, 34
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	50, 51	Dr. Schmude, Jürgen (SPD)	114, 115
Heyenn, Günther (SPD)	2, 3	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	116, 117
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	99, 100	Schwanitz, Rolf (SPD)	101, 102
Jäger, Claus (CDU/CSU)	91, 112	Seidenthal, Bodo (SPD)	105, 106
Jäger, Renate (SPD)	28	Sielaff, Horst (SPD)	46, 47
Jaunich, Horst (SPD)	29, 30	Stachowa, Angela (PDS/Linke Liste)	9, 107
Kastner, Susanne (SPD)	10, 11	Steen, Antje-Marie (SPD)	40
Kauder, Volker (CDU/CSU)	35	Stiegler, Ludwig (SPD)	1, 108
Kirschner, Klaus (SPD)	17	Tappe, Joachim (SPD)	43, 44
Körper, Fritz Rudolf (SPD)	36, 37	Wallow, Hans (SPD)	5, 49
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	89, 90	Westrich, Lydia (SPD)	83, 84
Kriedner, Arnulf (CDU/CSU)	14	Dr. Wetzел, Margrit (SPD)	26, 27
Lederer, Andrea (PDS/Linke Liste)	23, 94	Dr. de With, Hans (SPD)	103, 104
Lowack, Ortwin (CDU/CSU)	54, 97	Zierer, Benno (CDU/CSU)	24, 25
Dr. Lucyga, Christine (SPD)	15, 16		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	17
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	18
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	19

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post  
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter  
**Ludwig  
Stiegler**  
(SPD)
- Welche Investitionen werden die Unternehmen der Bundespost im Gebiet der Oberpostdirektion Regensburg im laufenden Jahr vornehmen, und welche Investitionsschwerpunkte sind für den Bereich der mittelfristigen Finanzplanung nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge festgelegt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit  
und Sozialordnung**

2. Abgeordneter  
**Günther  
Heyenn**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Empfängern und Empfängerinnen von Leistungen aus Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR wegen der anstehenden Überprüfung und Neuordnung dieser Systeme einstweilen noch keine oder keine volle Erhöhung ihrer Sozialversicherungsrenten erhalten haben?
3. Abgeordneter  
**Günther  
Heyenn**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, die Überprüfung und Neuordnung der Zusatzversorgungssysteme der früheren DDR soweit voranzubringen, daß die Sozialversicherungsrenten dieses Personenkreises zum 1. Juli 1991 wie die anderen Renten erhöht werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordnete  
**Claire  
Marienfeld**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung zum Schutz des tropischen Regenwaldes?
5. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)
- Welche Tatsachen begründen die Aussagen der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Geiger (Augsburger Allgemeine, 21. Februar 1991) zur bisherigen Leistung der Golfkrisen-Hilfe, wonach „das lange Schweigen der deutschen Außenpolitik“ den „Finanzminister jetzt viel Geld“ gekostet habe?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

6. Abgeordneter  
**Hermann  
Bachmaier**  
(SPD)
- In welchem Umfang und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung Anlagenteile für die Herstellung chemischer Produkte nach Libyen, Syrien und dem Iran genehmigt, und in welcher Weise hat sich die Bundesregierung Sicherheit darüber verschafft, daß diese Exporte nur zu zivilen Zwecken verwendet werden?
7. Abgeordneter  
**Hermann  
Bachmaier**  
(SPD)
- Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse, daß Syrien und/oder der Iran Giftgas zu entwickeln beabsichtigen oder besitzen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den gegenwärtigen Stand der Absichten oder Fähigkeiten Libyens, Giftgas zu produzieren?
8. Abgeordnete  
**Edelgard  
Bulmahn**  
(SPD)
- Treffen die Angaben des „SPIEGEL“ vom 4. März 1991 über die Beteiligung der PREUSSAG AG an der irakischen Giftgasproduktion nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, und inwieweit wurden für die zur Diskussion stehenden Ausfuhren Exportgenehmigungen durch das Bundesamt für Wirtschaft erteilt?
9. Abgeordnete  
**Angela  
Stachowa**  
(PDS/Linke Liste)
- Was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen zu tun, um der Zerstörung alter sorbischer Kulturlandschaften, Dörfer und Kulturdenkmäler sowie der Verdrängung der Sorben aus ihren angestammten Gebieten durch den weiteren ungehemmten Braunkohleabbau, insbesondere in der Niederlausitz, Einhalt zu gebieten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

10. Abgeordnete  
**Susanne  
Kastner**  
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung auf Ankündigungen der EG-Kommission reagieren, das in Brüssel notifizierte deutsche Verbot von Atrazin keinesfalls zuzulassen, und wie stichhaltig ist das Argument der Bundesregierung jetzt noch, ein Verbot weiterer grundwassergefährdender Pflanzenschutzmittel in der im Bundesrat zu beschließenden Änderung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung würde das vorgesehene Atrazinverbot verzögern?

11. Abgeordnete  
**Susanne Kastner**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen hätte es für die Notifizierung der Änderung der Pflanzenschutzverordnung in Brüssel, wenn der Bundesrat am 22. März vorerst nur dem Atrazinverbot zustimmt, aber die neuen Ausnahmeregelungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten, Wasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten (Artikel 1 Nummern 2 und 3) ablehnt?
12. Abgeordnete  
**Brigitte Adler**  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den ersten in Frankreich aufgetretenen BSE-Fall?
13. Abgeordnete  
**Brigitte Adler**  
(SPD)
- Welche erweiterten Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung von BSE, insbesondere bei der Tiermehlverfütterung, hat die Bundesregierung nun ins Auge gefaßt, damit die bisherigen und offensichtlich gescheiterten Vorsorgestrategien verbessert werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

14. Abgeordneter  
**Arnulf Kriedner**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Abfertigungsbaracken des ehemaligen innerdeutschen Grenzübergangs zwischen Henneberg (Süd-Thüringen) und Eußenhausen (Bayern, Unterfranken) auf Thüringer Seite für einen kaum nennenswerten Geldbetrag an private Interessenten veräußert worden sind, die dem Vernehmen nach Verbindungen zu früheren staatlichen DDR-Stellen (NVA-Grenztruppen, Staatssicherheitsdienst) unterhalten haben, und gedenkt die Bundesregierung diesen Vorgang zu überprüfen, um ggf. an Beteiligte Ersatzansprüche zu stellen?
15. Abgeordnete  
**Dr. Christine Lucyga**  
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen zum deutschen Beitrag zur Unterstützung der Maßnahmen zur Befreiung Kuwaits auch Lieferungen aus Beständen der ehemaligen NVA gehören?
16. Abgeordnete  
**Dr. Christine Lucyga**  
(SPD)
- Mit welchen Werten wurden derartige Lieferungen in der Berechnung eines deutschen Anteils von ca. 11 Mrd. DM berücksichtigt?
17. Abgeordneter  
**Klaus Kirschner**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung angesichts der – durch die Entwicklung in Osteuropa bedingten – veränderten Sicherheitslage Waffenschauen der Bundeswehr noch für zeitgemäß, und teilt sie die Auffassung, daß künftig die Vorstellung „Unser Heer“ nicht mehr in Form einer Waffenschau stattfinden soll, wie vom 18. bis 24. April 1991 in Villingen-Schwenningen geplant?

18. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Gilt für die Bundesregierung auch heute noch die auf meine Fragen 2 und 3 zur schriftlichen Beantwortung am 15. Oktober 1990 (Drucksache 11/8457) gemachte Aussage, daß sie an der vertraglich fixierten Standortidentität des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und des Bundesarchivs-Militärarchivs festhält, und welches ist gegebenenfalls der Grund für einen Meinungswandel in dieser Frage?
19. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Was ist der genaue Inhalt der Entscheidungsvorlage des Stellvertretenden Generalinspektors an den Bundesminister der Verteidigung für den künftigen Standort des seit 1957 in Freiburg ansässigen Militärgeschichtlichen Forschungsamtes?
20. Abgeordneter  
**Albrecht Müller (Pleisweiler)**  
(SPD)
- Wie hoch waren die Kosten der Kommandeurs-tagung im Maritim-Hotel in Bonn insgesamt, speziell die Kosten für die Unterbringung im Hotel, und hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß die Kommandeure der Bundeswehr in einem der vornehmsten und teuersten Hotels der bisherigen Bundeshauptstadt nächtigen und tagen, während gleichzeitig die Steuern massiv erhöht werden?
21. Abgeordneter  
**Dr. Hans Modrow**  
(PDS/Linke Liste)
- Bedeutet die Feststellung zum Verteidigungshaushalt, die Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr werde erst nach dem Inkrafttreten des ersten Wiener Reduzierungsabkommens in Angriff genommen, daß die Bundesregierung die Erfüllung der im Zwei plus vier-Vertrag eingegangenen Verpflichtung, bis Ende 1994 die Bundeswehr auf eine Personalstärke von 370000 Mann zu reduzieren, nunmehr vom Inkrafttreten des Wiener KSE-Abkommens abhängig macht, und welche Vorstellungen gibt es bei der Bundesregierung, diese Verpflichtung des Zwei plus vier-Vertrages rechtzeitig und vertragsgemäß zu erfüllen?
22. Abgeordneter  
**Dr. Hans Modrow**  
(PDS/Linke Liste)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, die die Personalplanstellen der bisherigen Bundeswehr 1991 unverändert bei 430000 Mann beibehält, die ehemalige NVA aber rigoros reduziert, um dieses Abbau für die Betroffenen sozial verträglich zu machen und ihnen eine neue Berufschance zu geben?
23. Abgeordnete  
**Andrea Lederer**  
(PDS/Linke Liste)
- Für welchen Zeitraum sind die nächsten NATO-Manöver auf dem Gebiet der östlichen Türkei geplant, und welche Einheiten der Bundeswehr werden daran teilnehmen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend**

24. Abgeordneter  
**Benno Zierer**  
(CDU/CSU)
- Wie ist derzeit die Zahl der Ersatzdienstleistenden – in absoluten Zahlen und prozentual – auf die einzelnen Institutionen verteilt, in denen sie ihren Dienst leisten, und um welche Institutionen handelt es sich dabei im einzelnen genau?

25. Abgeordneter  
**Benno Zierer**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Ersatzdienstleistende haben während der letzten Monate – vor allem während der Golfkrise – in unseren Krankenhäusern die Erledigung ihrer Pflegeaufgaben verweigert?
26. Abgeordnete  
**Dr. Margrit Wetzel**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesamt für Zivildienst aus „haushaltstechnischen Gründen“ mit der zeitgerechten Zahlung des Soldes, der Aufwandszuschüsse und des Entlassungsgeldes für Zivildienstleistende so sehr im Verzug ist, daß Zivildienstleistenden kein Geld mehr ausgezahlt wird, und daß das Bundesamt für Zivildienst offenbar noch keine Maßnahmen zur Realisierung seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Aufgabenvorbereitung erstmalig gewählter Vertrauensmänner getroffen hat?
27. Abgeordnete  
**Dr. Margrit Wetzel**  
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung, um diesen skandalösen Zustand umgehend zu beenden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit**

28. Abgeordnete  
**Renate Jäger**  
(SPD)
- Worin sieht die Bundesregierung die Ursache, daß die von ihr versprochenen Bundesmittel für die Finanzierung der praktischen Ausbildung von Ärzten (Arzt im Praktikum) und medizinischem Fachpersonal in den neuen Ländern nicht bei den Kommunen angekommen sind, und wie gedenkt die Bundesregierung diesen Finanzierungsmangel in Zusammenarbeit mit der Bundeskassenärztlichen Vereinigung sowie den Ärztekammern zu beheben, damit die versprochenen Mittel zur Verfügung stehen?
29. Abgeordneter  
**Horst Jaunich**  
(SPD)
- In wieviel Fällen läuft derzeit ein von der Bundesoberbehörde eingeleitetes Verfahren gemäß § 63 des Arzneimittelgesetzes (AMG)?
30. Abgeordneter  
**Horst Jaunich**  
(SPD)
- Um welche Präparate bzw. Präparategruppen handelt es sich, und wie ist der jeweilige Verfahrensstand?
31. Abgeordneter  
**Alfons Müller (Wesseling)**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß immer mehr private Anbieter auf dem Gebiet der Krankenpflege tätig werden?

32. Abgeordneter  
**Alfons  
Müller  
(Wesseling)**  
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit eine ausreichende Qualitätskontrolle der privat organisierten Pflegedienste gewährleistet ist und nicht medizinisch unausgebildete Arbeitskräfte im Pflegebereich beschäftigt werden?
33. Abgeordnete  
**Regina  
Schmidt-Zadel**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die bewährten Strukturen der Suchtkrankenhilfe in der ehemaligen DDR wegen Finanzierungsschwierigkeiten vor dem Aus stehen?
34. Abgeordnete  
**Regina  
Schmidt-Zadel**  
(SPD)
- Falls ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, denn es erscheint doch geradezu widersinnig, wenn die „Expertenkommission der Bundesregierung zur Reform der Versorgung im psychiatrischen Bereich“ die Empfehlung herausgibt, ein ähnliches Netz wohnortnaher und ambulanter Hilfsangebote in den alten Bundesländern aufzubauen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

35. Abgeordneter  
**Volker  
Kauder**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die für den Aufbau des Straßennetzes in den neuen Bundesländern vorgesehenen schnellgreifenden gesetzlichen Maßnahmen auch auf Straßenbaumaßnahmen in den alten Bundesländern und den notwendigen Ausbau des Schienennetzes der Deutschen Bundesbahn anzuwenden?
36. Abgeordneter  
**Fritz Rudolf  
Körper**  
(SPD)
- Zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen soll die beabsichtigte Übernahme der Bahnpolizei durch den BGS erfolgen?
37. Abgeordneter  
**Fritz Rudolf  
Körper**  
(SPD)
- In welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung, Personal der Bahnpolizei bei der Deutschen Bundesbahn zu belassen?
38. Abgeordnete  
**Claire  
Marienfeld**  
(CDU/CSU)
- Werden von der Deutschen Bundesbahn Tropenhölzer für Eisenbahnschwellen verwendet?
39. Abgeordneter  
**Manfred  
Opel**  
(SPD)
- Wie sieht der Zeitplan genau aus, nach dem die Bundesregierung über die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg – Flensburg (mit Abzweig nach Kiel) zu entscheiden gedenkt?

40. Abgeordnete  
**Antje-Marie  
Steen**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß Behinderte nicht mehr in die sogenannten Behindertenabteile der Reichsbahn einsteigen können, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, auf die Reichsbahn einzuwirken, daß Behinderten die uneingeschränkte Nutzung nach wie vor gewährleistet wird?
41. Abgeordnete  
**Elke  
Ferner**  
(SPD)
- Welche Trassenführung favorisiert die Bundesregierung für eine Hochgeschwindigkeitsschiennstrecke zwischen Paris und dem südwestlichen Raum der Bundesrepublik Deutschland, und wie wirkt sich das um rund 1 Mrd. DM geringere Investitionsvolumen von 450 Mio. DM auf die Trassenführung und die mögliche Geschwindigkeit auf der Trasse Lothringen – Saarbrücken – Kaiserslautern – Mannheim aus?
42. Abgeordnete  
**Elke  
Ferner**  
(SPD)
- Welchen Fahrzeitgewinn hält die Bundesregierung für notwendig, um den Schienenverkehr auf der Strecke Paris – Saarbrücken – Kaiserslautern – Mannheim gegenüber den anderen Verkehrsmitteln im Personen- und Gütertransport zu einer attraktiven Alternative zu machen, und welche zusätzlichen Mittel stellt die Bundesregierung für die Realisierung dieser Hochgeschwindigkeitsstrecke zur Verfügung, nachdem der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Heinz Dürr, erklärte, die Bahn werde einen Vorschlag vorlegen, der für sie am kostengünstigsten sei, und wenn zusätzlich etwas gewünscht werde, müsse die Politik zahlen?
43. Abgeordneter  
**Joachim  
Tappe**  
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf Grund der Richtlinien für die „Anordnung von verkehrsregelnden Maßnahmen für den Transport gefährlicher Güter auf Straßen“, die Bundesstraßen (z. B. die B27) zu sperren, um eine Situation, wie am 7. Februar 1991 in der Gemeinde Wehretal (Ortsteil Hoheneiche) geschehen und die nur dank glücklicher Umstände nicht in einer Katastrophe endete, zu vermeiden.
44. Abgeordneter  
**Joachim  
Tappe**  
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit zu tun, um eine Verlegung von Gefahrguttransporten, besonders im überregionalen Durchgangsverkehr, auf die Schiene, und wo dies nicht möglich ist, auf die Bundesautobahnen zu erreichen?
45. Abgeordnete  
**Dr. Rose  
Götte**  
(SPD)
- Wie viele neue Waggontypen und Transportsysteme nach dem Vorbild der Sattelaufleger werden bei der geplanten verstärkten Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene ab 1991 jährlich bis zum Jahr 2000 von der Deutschen Bundesbahn zur Verfügung gestellt?

46. Abgeordneter  
**Horst  
Sielaff**  
(SPD)
- Wie hat sich die Gütertransportkapazität einschließlich der Tonnenkilometer der Deutschen Bundesbahn in den Jahren seit 1980 im Vergleich zu der Kapazität und den Tonnenkilometern im Güterstraßentransport entwickelt, und mit welchen Kapazitätsveränderungen bezogen auf Schiene und Straße rechnet die Bundesregierung ab 1991 jährlich bis zum Jahr 2000 bei der angestrebten Verlagerung eines größeren Teils des Gütertransports auf die Schiene?
47. Abgeordneter  
**Horst  
Sielaff**  
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Absicht, in den von Rüstungsabbau betroffenen Regionen Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, wenn gleichzeitig auch in solchen Regionen in bundeseigenen Betrieben wie z. B. den Ausbesserungswerken Kaiserslautern und Saarbrücken der Deutschen Bundesbahn Arbeitsplätze abgebaut werden?
48. Abgeordneter  
**Albrecht  
Müller  
(Pleisweiler)**  
(SPD)
- Wie hat sich der Bestand an Güterwagen der Deutschen Bundesbahn seit 1980 entwickelt, und welche neuen Typen von Waggons und damit verbundenen Spezialangeboten hat die Bundesbahn in den letzten Jahren entwickelt, um neue Kundenkreise zu erschließen?
49. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß technisches Wissen zum Bau von Spezialwaggons vom Ausbesserungswerk der Deutschen Bundesbahn in Kaiserslautern kostenlos an die private Konkurrenz abgegeben werden mußte?
50. Abgeordneter  
**Klaus-Jürgen  
Hedrich**  
(CDU/CSU)
- Welche Anmeldefristen hat die Bundesregierung den Bundesländern in bezug auf die Anmeldung ihrer Wünsche zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes gesetzt, und in welcher Form müssen die Anmeldungen eingebracht werden?
51. Abgeordneter  
**Klaus-Jürgen  
Hedrich**  
(CDU/CSU)
- Von welchen Bundesländern liegen bisher keine Anmeldungen vor?
52. Abgeordneter  
**Robert  
Antretter**  
(SPD)
- Auf welche finanzielle Größenordnung belaufen sich die in den Jahren 1989 und 1990 mutwillig angerichteten Schäden in den öffentlichen Nahverkehrseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin?
53. Abgeordneter  
**Robert  
Antretter**  
(SPD)
- Gibt es Verkehrsverbünde oder andere ÖPNV-Träger, die durch geeignete Maßnahmen dem Problem des Vandalismus in den Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs erfolgreich begegnen konnten, und um welche Verkehrsverbünde bzw. sonstigen Träger handelt es sich dabei gegebenenfalls?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

54. Abgeordneter  
**Ortwin  
Lowack**  
(CDU/CSU)      Was tut die Bundesregierung um mitzuhelfen, daß furchtbare ökologische Folgen durch das im Auftrag Saddam Husseins in den Persischen Golf geleitete Öl begrenzt und teilweise sogar vermieden werden?
55. Abgeordneter  
**Arne  
Börnsen  
(Ritterhude)**  
(SPD)      Beabsichtigt die Bundesregierung die Ausweisung zusätzlicher Nationalparks auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, und um welche Planungen handelt es sich ggf.?
56. Abgeordneter  
**Arne  
Börnsen  
(Ritterhude)**  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, Initiativen zur Ausweisung von Biosphären-Reservaten zu unterstützen und die dafür notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen?
57. Abgeordnete  
**Monika  
Ganseforth**  
(SPD)      Aus welchem Grund verfolgt die Bundesregierung nicht das im Rahmen der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ ermittelte „Ausstiegsszenario“, nach dem die notwendige Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 30% bis zum Jahre 2005 mit dem Ausstieg aus der Atomenergie bei entsprechenden politischen Weichenstellungen möglich ist?
58. Abgeordnete  
**Monika  
Ganseforth**  
(SPD)      Hält die Bundesregierung das im Rahmen der Enquete-Kommission ermittelte Ausbauszenarium, das bis zum Jahre 2005 mehr als eine Verdoppelung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten zur Kernenergieerzeugung vorsieht, für realistisch?
59. Abgeordnete  
**Marion  
Caspers-Merk**  
(SPD)      Für welche Abwasserherkunftsbereiche wurden bis jetzt die Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser mit gefährlichen Stoffen nach dem Stand der Technik in Verwaltungsvorschriften festgelegt, und bis wann will die Bundesregierung für alle Schadstoffparameter in Abwasser mit gefährlichen Stoffen, insbesondere aus der chemischen Industrie, die Mindestanforderungen entsprechend § 7 a WHG festlegen?
60. Abgeordnete  
**Marion  
Caspers-Merk**  
(SPD)      Für welche Stoffe müßte aus Gründen des Gewässerschutzes eine „Null-Emission“ angestrebt werden, und welche Gründe stehen entsprechenden Anforderungsvorschriften, z. B. für Cadmium und Quecksilber, entgegen?
61. Abgeordnete  
**Ulrike  
Mehl**  
(SPD)      Welche Maßnahmen wurden zum Schutz der insgesamt 27 gemeldeten Gebiete der Ramsar-Konvention getroffen, und in welchem biologischen Zustand befinden sich die Gebiete?

62. Abgeordnete  
**Ulrike  
Mehl**  
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die zehn weiteren, auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland, festgestellten schutzwürdigen Gebiete nach der Ramsar-Konvention dem Sekretariat des Ramsarbüros zu benennen und mit dem notwendigen Schutzstatus auszustatten?
63. Abgeordneter  
**Arne  
Fuhrmann**  
(SPD)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Sondermüllimporte aus der damaligen Bundesrepublik und anderen Ländern vor, mit denen sich Firmen wie z. B. KoKo und Intrag o. a., die dem ehemaligen Stasi-Oberst Schalk-Golodkowski unterstanden, befaßt haben?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

64. Abgeordneter  
**Peter  
Conradi**  
(SPD)
- Wieviel der von der Bundesregierung 1989 versprochenen 1 Million neuer Wohnungen wurden in Westdeutschland 1990 gebaut, und mit welchen Mitteln will die Bundesregierung die noch fehlenden Wohnungen in den Jahren 1991 und 1992 in Westdeutschland bauen lassen?
65. Abgeordneter  
**Peter  
Conradi**  
(SPD)
- Wie viele Baugenehmigungen für Wohnungen wurden 1990 erteilt, und wie viele neue Wohnungen wurden im selben Jahr fertiggestellt?
66. Abgeordneter  
**Achim  
Großmann**  
(SPD)
- Welcher Aufgabenzuwachs hat es erforderlich gemacht, die Zahl der Staatssekretäre im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu verdoppeln?
67. Abgeordneter  
**Achim  
Großmann**  
(SPD)
- Ist es vorgesehen, die Zahl der Staatssekretäre nach Aufgabenerledigung wieder zu reduzieren, und wann soll dies geschehen?
68. Abgeordneter  
**Dieter  
Maaf  
(Herne)**  
(SPD)
- Sind in dem gerade renovierten Amtssitz des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Umbaumaßnahmen durch die Verdoppelung der Zahl der Staatssekretäre erforderlich geworden?
69. Abgeordneter  
**Dieter  
Maaf  
(Herne)**  
(SPD)
- Wie groß ist der finanzielle Aufwand für diese Maßnahmen?

70. Abgeordneter  
**Walter Rempe**  
(SPD)
- Wie viele Beschäftigte gibt es pro Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und im nachgeordneten Bereich dieses Ministeriums, und wie sind die Vergleichszahlen für das Bundesministerium der Verteidigung?
71. Abgeordneter  
**Walter Rempe**  
(SPD)
- Wie hat sich die Zahl der im Leitungsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den in Staatssekretärsbüros Beschäftigten von 1988 bis zum heutigen Tage entwickelt?
72. Abgeordneter  
**Franz Müntefering**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die beiden Parlamentarischen ihrer insgesamt vier Staatssekretäre veranlaßt hat, sich ihre Aufgaben in der Fragestunde des Deutschen Bundestages im Sinne des job-sharings monatlich (alternierend) wechselweise zu teilen, und welche Konsequenzen hat dies für die Bezahlung der Staatssekretäre?
73. Abgeordneter  
**Franz Müntefering**  
(SPD)
- Wie sind in anderen Bundesministerien mit zwei Parlamentarischen Staatssekretären die Arbeitsgebiete aufgeteilt, und wird auch dort die Möglichkeit des job-sharings genutzt?
74. Abgeordneter  
**Otto Reschke**  
(SPD)
- Soll das Modell, die Aufgaben von Parlamentarischen Staatssekretären durch abwechselnden Einsatz von mehreren Amtsinhabern wahrnehmen zu lassen, vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auch auf andere Häuser übertragen werden?
75. Abgeordneter  
**Otto Reschke**  
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Stelle eines Sachbearbeiters besetzt werden soll, der u. a. die Tätigkeit der vier Staatssekretäre zu koordinieren hat?
76. Abgeordneter  
**Günter Graf**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung verbindlich erklären, daß – vor dem Hintergrund, daß sie die Verlängerung der Verwaltungsvereinbarung zu den Bundesfinanzhilfen zur Städtebauförderung nur bis zum 30. Juni 1991 vollzogen hat – diese Verwaltungsvereinbarung über den 30. Juni 1991 hinaus verlängert wird?
77. Abgeordneter  
**Günter Graf**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Bundesfinanzhilfe zur Städtebauförderung um weitere 50% der ursprünglich erwarteten Bundesfinanzhilfen aufstocken will, wie es der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Carstens, einem örtlichen CDU-Vertreter gegenüber erklärt hat, und wenn ja, wann kann das Land Niedersachsen mit zusätzlicher Finanzhilfe zur Städtebauförderung rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung  
und Technologie**

78. Abgeordnete  
**Edelgard  
Bulmahn**  
(SPD)
- Welche juristischen Schritte hat die Bundesregierung wegen des Verdachts auf Mißbrauch öffentlicher Forschungsmittel gegen die Imhausen-Chemie GmbH und gegen die Salzgitter-Industriebau GmbH eingeleitet, die die Restmittel für das Förderprojekt „Entwicklung eines Rohrreaktorverfahrens zur katalytischen Höchstdruckhydrierung von Braun- und Steinkohlen“ wiederum der Imhausen-Chemie zukommen ließ, obgleich ihr bekannt sein mußte, daß die Bundesregierung die Förderbeziehungen beendet hatte, und was wird sie unternehmen, um die zu Unrecht gezahlten Mittel wieder dem Bundeshaushalt zuzuführen?
79. Abgeordneter  
**Siegmar  
Mosdorf**  
(SPD)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, und wie beurteilt sie es, daß das Unternehmen Imhausen-Chemie Lahr Forschungsgelder des Bundesministeriums für Forschung und Technologie für die „Entwicklung eines Rohrreaktorverfahrens zur katalytischen Höchstdruckhydrierung von Braun- und Steinkohle“ zweckentfremdet als Personalkosten für Mitarbeiter der Imhausen-Chemie, die an der Planung der Giftgasfabrik Rabita beteiligt sind, einsetzte?
80. Abgeordneter  
**Siegmar  
Mosdorf**  
(SPD)
- Welche Unternehmen, die Rüstungsgüter in den Irak geliefert haben, erhielten Forschungsgelder durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

81. Abgeordneter  
**Manfred  
Reimann**  
(SPD)
- Ich frage die Bundesregierung, ob sie es von ihrem christlich geprägten Standpunkt als menschlich-gerecht empfindet, daß einerseits für den Krieg am Golf 17,5 Mrd. DM einschließlich des bundesdeutschen Anteils an der EG-Hilfe aufgewendet werden, andererseits aber die Bundesregierung für die Hilfe zur Bekämpfung der Cholera-Epidemie in Peru nur 500000 DM bereitstellt?
82. Abgeordneter  
**Manfred  
Reimann**  
(SPD)
- Plant die Bundesregierung neue kurzfristige oder langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Cholera, und wenn ja, welche und zu welchem Zeitpunkt?

83. Abgeordnete  
**Lydia Westrich**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, über die bisherigen 500 000 DM hinausgehende Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung der Cholera-Epidemie in Peru zur Verfügung zu stellen?
84. Abgeordnete  
**Lydia Westrich**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung weltweite Aktionen bekannt zur Eindämmung und Vorbeugung der Cholera, und an welchen wird sie sich beteiligen?
85. Abgeordneter  
**Dr. Günther Müller**  
(CDU/CSU)
- Welche verfassungsrechtlichen Bestimmungen hinderten die Bundesregierung, einen Einsatz von Minensuchbooten im persischen Golf im Oktober 1990 anzuordnen?
86. Abgeordneter  
**Dr. Günther Müller**  
(CDU/CSU)
- Welche verfassungsrechtlichen Bestimmungen erlauben es der Bundesregierung, den Einsatz eines Minensuchverbandes im März 1991 in der Golfregion anzuordnen?
87. Abgeordneter  
**Gerd Poppe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie wertet die Bundesregierung Berichte der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. März 1991 und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 13. März 1991, denen zufolge israelische und amerikanische Regierungskreise davon ausgehen, daß Syrien die von den Alliierten erhaltenen Golfkriegs-Ausgleichszahlungen für die militärische Aufrüstung und hier insbesondere für die Beschaffung und Modernisierung von SCUD-Raketen verwendet bzw. verwenden wird?
88. Abgeordneter  
**Gerd Poppe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat der Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, bei seinem Besuch in Syrien am 13. Februar 1991 die zugesagte Finanzhilfe an Syrien in Höhe von rund 100 Millionen DM an die Bedingung geknüpft, daß dieses Geld ausschließlich für zivile Zwecke benutzt werden darf, und daß Syrien hierfür einen Verwendungsnachweis erbringen muß?
89. Abgeordneter  
**Hartmut Koschyk**  
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 5. März 1991 zu, daß das Auswärtige Amt im Zusammenhang mit der nach dem neuen rumänischen Bodengesetz möglichen Rückerstattung von 1949 kollektiviertem Grundbesitz in Rumänien geraten hat, daß hierzu unter Einhaltung einer Frist bis zum 22. März 1991 die Beantragung der rumänischen Staatsbürgerschaft Voraussetzung sei, ohne daß jedoch darauf hingewiesen wurde, daß damit der Besitz und der Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft gefährdet wird, und – wenn dies zutrifft – warum weicht die Bundesregierung damit von dem bisher praktizierten Grundsatz ab, wonach die Individualrechte deutscher Staatsangehöriger gegenüber einem anderen Staat von der Bundesregierung wahrgenommen werden?

90. Abgeordneter  
**Hartmut Koschyk**  
(CDU/CSU)
- Trifft der von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest verbreitete Rechtsstandpunkt zu, wonach bestätigt wird, „daß nach § 25 Abs. 1 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz ein Deutscher durch den Rückerwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft die deutsche nicht verliert, wenn die Antragstellung im Inland erfolgt und der Antragsteller Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Inland hat“?
91. Abgeordneter  
**Claus Jäger**  
(CDU/CSU)
- Ist die Verbringung des früheren Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, gegen den ein Strafverfahren anhängig ist und ein Haftbefehl vorliegt, aus der Obhut der in Deutschland stationierten sowjetischen Streitkräfte in die UdSSR mit Wissen und Einverständnis der Bundesregierung erfolgt, und wenn nicht, ist dieses Verhalten der Sowjetunion mit den jetzt in Kraft getretenen deutsch-sowjetischen Verträgen vereinbar?
92. Abgeordneter  
**Dr. Eberhard Brecht**  
(SPD)
- Was sind die wesentlichen Gesichtspunkte des am 21. Januar 1991 von der türkischen Regierung eingebrachten Gesetzes zur Zulassung der kurdischen Sprache, und trifft es zu, daß der Gebrauch nur für die private Unterhaltung und im Bereich der Musik erlaubt werden soll?
93. Abgeordneter  
**Dr. Eberhard Brecht**  
(SPD)
- Ist dieser Gesetzentwurf nach Auffassung der Bundesregierung geeignet, die Forderung nach kultureller Autonomie der kurdischen Minderheit in der Türkei einzulösen?
94. Abgeordnete  
**Andrea Lederer**  
(PDS/Linke Liste)
- Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt die Entsendung von Minensuchbooten der Bundeswehr in den Golf, und mit welchen Staaten wurden diesbezügliche Absprachen getroffen?
95. Abgeordnete  
**Dr. Ursula Fischer**  
(PDS/Linke Liste)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung zu der Verlautbarung, daß Syrien die im Rahmen der Golfhilfe von den USA, der Golfallianz und der EG (also auch der Bundesrepublik Deutschland) erhaltenen Hilfsgelder zum Erwerb militärischer Mittel verwendet?
96. Abgeordnete  
**Dr. Ursula Fischer**  
(PDS/Linke Liste)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen, in welcher Weise die Syrien, Israel, Jordanien, Ägypten und der Türkei im Rahmen des Einzelplanes 60 zur Verfügung gestellten Mittel eingesetzt werden sollen, und auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung zu kontrollieren und gegebenenfalls zu verhindern, daß die für 1991 zugesagten 800 Millionen DM von den genannten Staaten für militärische Zwecke eingesetzt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

97. Abgeordneter  
**Ortwin  
Lowack**  
(CDU/CSU)
- Welche Funktion soll nach Auffassung der Bundesregierung der Deutsche Presserat haben, und kann er seine Aufgabe auf Grund einer sehr einseitigen Besetzung mit Verbands- und Gewerkschaftsfunktionären überhaupt erfüllen?
98. Abgeordneter  
**Manfred  
Opel**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung gewillt, unbeschadet der Tatsache, daß, wie im Einigungsvertrag ausdrücklich vorgesehen, die Ausbildung grundsätzlich vor Ort in den neuen Bundesländern geschehen soll, vorübergehend Lehrstellen beim öffentlichen Dienst in den alten Bundesländern vermehrt für junge Menschen aus den neuen Bundesländern zur Verfügung zu stellen, um die berufliche Bildung nach Kräften fördern zu können?
99. Abgeordneter  
**Reinhold  
Hiller  
(Lübeck)**  
(SPD)
- In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung die bisherigen sozialen und kulturellen Zonenrandförderungen in den nächsten Jahren finanziell und inhaltlich zu gestalten?
100. Abgeordneter  
**Reinhold  
Hiller  
(Lübeck)**  
(SPD)
- Wie gestaltet sich nach Auffassung der Bundesregierung die zukünftige Situation bei den bisherigen Empfängern der laufenden Förderung (bisher ca. 60 Mio. DM) wie Theater, Orchester, regelmäßiger Kulturveranstaltungen usw. in den nächsten Jahren und nach Auslaufen der Zonenrandförderung, und wie will die Bundesregierung die zukünftige Existenz dieser Träger sichern?
101. Abgeordneter  
**Rolf  
Schwanitz**  
(SPD)
- Welche Anstrengungen hat der Bundesminister des Innern unternommen, um die strukturellen Verflechtungen zwischen den ehemaligen Grenztruppen der DDR und dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit aufzudecken, und zu welchen personellen Konsequenzen hat dies innerhalb des Bundesgrenzschutzes geführt?
102. Abgeordneter  
**Rolf  
Schwanitz**  
(SPD)
- Wieviele ehemalige Angehörige der Grenztruppen der DDR im allgemeinen und der Paßkontrolleinheiten sowie der Grenzabschnittsposten im besonderen sind seit dem 3. Oktober 1990 vom Bundesgrenzschutz übernommen worden, und bei wie vielen ist eine Ernennung zum Beamten auf Probe vorgesehen?
103. Abgeordneter  
**Dr. Hans  
de With**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bewerbungen westdeutscher Juristen für den Justizbereich und die Ministerialverwaltung in den fünf neuen Bundesländern, aber auch bei der Clearingstelle beim Bundesminister des Innern, monatelang nicht beantwortet werden?

104. Abgeordneter  
**Dr. Hans  
de With**  
(SPD)
- Wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung, soweit ihre Geschäftsbereiche beteiligt sind, dieses Verhalten?
105. Abgeordneter  
**Bodo  
Seidenthal**  
(SPD)
- In welcher Höhe wurden welche Einrichtungen und Maßnahmen der Erwachsenen- und außerschulischen Jugendbildung in den einzelnen ehemaligen Zonenrandländern in dem Zeitraum 1986 bis 1990 gemäß Zonenrandförderungsgesetz gefördert?
106. Abgeordneter  
**Bodo  
Seidenthal**  
(SPD)
- Welche sozialen Maßnahmen in den einzelnen ehemaligen Zonenrandländern werden 1991 und in den Folgejahren auf Grund rechtlicher Verpflichtungen durch die Bundesregierung gefördert?
107. Abgeordnete  
**Angela  
Stachowa**  
(PDS/Linke Liste)
- Wie gedenkt die Bundesregierung angesichts der katastrophalen finanziellen Situation in den Ländern Sachsen und Brandenburg der besonderen Verantwortung des Staates (lt. Einigungsvertrag) nachzukommen und zu sichern, daß der einzigen slawischen Minderheit in Deutschland, dem sorbischen Volk, die notwendige materielle und finanzielle Unterstützung zu ihrem Erhalt, der Bewahrung vor dem nationalen Aus, und zur Förderung ihrer Sprache und Kultur in Kontinuität zuteil wird?
108. Abgeordneter  
**Ludwig  
Stiegler**  
(SPD)
- Wie viele Anträge mit einem von der Bundesregierung zu beziffernden Fördervolumen werden bei der jetzt vorgesehenen Abwicklungsregelung der Bundesregierung in Bayern nicht gefördert werden, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die in der Prioritätenliste erfaßten Vereine und Gemeinden, die im Vertrauen auf eine siebenjährige Abwicklungsregelung Anträge gestellt haben, unter Umständen mit Hilfe der Landesregierung zu entschädigen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

109. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen  
Meyer**  
(Ulm)  
(SPD)
- War der Bundesregierung bei der Beantwortung meiner schriftlichen Frage 26 (Drucksache 12/213) durch Schreiben vom 5. März 1991 und der darin enthaltenen Behauptung, die – in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehene – Vermögensstrafe zur Bekämpfung der Drogenkriminalität begegne nach ihrer Auffassung „keinen grundrechtlichen Bedenken“, bekannt, daß sie sich damit im klaren Widerspruch zu führenden StGB-Kommentatoren befindet?

110. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen Meyer**  
(Ulm)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen ihrer schriftlichen Äußerung zur Frage 26 (Drucksache 12/213) nicht nur ein einzelnes Mitglied des Strafrechtslenkungsausschusses des Europarates (CDPC) Vorbehalte gegen die Vermögensstrafe hat, sondern daß ausweislich der inzwischen vorliegenden „Draft Convention on Confiscation“ Rechtshilfe von den anderen Euro-paratsstaaten bei der Durchsetzung der Vermögensstrafe nicht erwartet werden kann?
111. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(PDS/Linke Liste)
- Wie viele private Nutzer von Grundstücken in den neuen Bundesländern sind von ungeklärten Eigentumsfragen betroffen, und wann wird die Bundesregierung eine solche gesetzliche Verordnung schaffen, die Rechtssicherheit für die Bürger garantiert?
112. Abgeordneter  
**Claus Jäger**  
(CDU/CSU)
- Ist es mit den jetzt auch vom Obersten Sowjet der UdSSR ratifizierten deutsch-sowjetischen Verträgen vereinbar, daß die in Deutschland stationierten sowjetischen Streitkräfte deutsche Staatsangehörige der deutschen Justiz auf deutschem Boden entziehen, und wenn nein, welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um den schwerster Verbrechen verdächtigsten deutschen Staatsangehörigen Erich Honecker endlich dem gegen ihn anhängigen Strafverfahren zuzuführen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

113. Abgeordneter  
**Arne Fuhrmann**  
(SPD)
- Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung hinsichtlich des Verbleibs, des Umfangs und Gehalts des Aktenbestands der o. a. Firmen?
114. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen Schmude**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem „Kuratorium zur Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf von Segmenten der Berliner Mauer“ zumindest diejenigen Erlöse zur Verfügung zu überlassen, die aus dem Verkauf solcher Mauersegmente stammen, die am 3. Oktober 1990 bereits abgebaut und für den Verkauf bereitgelegt worden waren?
115. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen Schmude**  
(SPD)
- Weshalb zieht die Bundesregierung nicht in Betracht, den in dem Beschluß des Ministerrats der DDR vom 2. Mai 1990 über die Verwendung der Verkaufserlöse von Mauersegmenten zum Ausdruck kommenden politischen Willen zu beachten?

116. Abgeordneter  
**Michael  
von Schmude**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Landesregierung Brandenburg das 5 Milliarden DM umfassende Programm der Bundesregierung für kommunale Investitionen durch bürokratische Hemmnisse verzögert, und daß durch ein umständliches Antragsverfahren zahlreiche Gemeinden von der Förderung ausgeschlossen werden, wobei ein Teil der Finanzmittel für Landkreise abgezweigt werden soll?
117. Abgeordneter  
**Michael  
von Schmude**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Landesregierung so einzuwirken, daß Investitionen aus Bundesmitteln nicht behindert und einzelne Gemeinden bei der Mittelverteilung nicht benachteiligt werden?
118. Abgeordneter  
**Martin  
Grüner**  
(FDP)
- Trifft die Darstellung von Professor Engels in der Wirtschaftswoche Nr. 11 vom 8. März 1991 zu, wo er in seinem Kommentar zum Finanzausgleich zwischen neuen und alten Bundesländern wörtlich ausführt: „Zählt man alle Ausgleichsleistungen zusammen, dann können die öffentlichen Haushalte im Osten jetzt, pro Einwohner gerechnet, etwa gleich viel ausgeben wie im Westen. Da die Ausgaben im wesentlichen aus Personalkosten (einschließlich Renten) bestehen und diese im Osten immer noch weit niedriger als im Westen liegen, ist die Finanzausstattung jetzt mehr als üppig. Der öffentliche Dienst ist im Osten personell weit überbesetzt: 1,7 Millionen Beschäftigte, verglichen mit 4,9 Millionen in den alten Ländern mit vierfacher Bevölkerung. Diesen Luxus können sich die neuen Bundesländer nun auch weiterhin leisten. Wo Hessen zwei Lehrer, Polizisten oder Professoren anstellt, da kann sich Thüringen drei leisten.“?
119. Abgeordneter  
**Martin  
Grüner**  
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Einfluß auf die personelle Stärke des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern, und wie nimmt sie ihn ggf. wahr?
120. Abgeordneter  
**Joachim  
Poß**  
(SPD)
- Welches Ausgabenvolumen hatte nach den Ist-Ergebnissen der Bundeshaushalt 1990, und um wieviel weniger war das als das Soll 1990?
121. Abgeordneter  
**Joachim  
Poß**  
(SPD)
- In welchen wesentlichen Ausgabebereichen in Ost- und in Westdeutschland waren die „Einsparungen“ erfolgt?
122. Abgeordneter  
**Uwe  
Lühr**  
(FDP)
- Werden die von der Treuhand verwalteten Flächen bei der Verwirklichung der Ziele der Bundesregierung im Naturschutz berücksichtigt, und wie werden die für den Naturschutz ebenfalls zuständigen Bundesländer an den Entscheidungen über die Flächenverwertung beteiligt?

123. Abgeordneter  
**Uwe  
Lühr**  
(FDP)
- Werden die von der ehemaligen NVA und von den sowjetischen Streitkräften genutzten Flächen in die Verwirklichung der Naturschutzziele der Bundesregierung einbezogen und auch für Maßnahmen des Naturschutzes den Ländern zur Verfügung gestellt?
124. Abgeordnete  
**Dr. Rose  
Götte**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, das nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes steuerfrei zu belassende Existenzminimum eines Kindes so zu definieren, daß es unterhalb des Sozialhilfebedarfs liegt?

Bonn, den 15. März 1991





